

Ratgeber

Bundestagswahl 2021

Das haben die Parteien für Immobilieneigentümer
im Programm!



KNIGGE - IMMOBILIEN KG

Liebe Immobilieneigentümerin, lieber Immobilieneigentümer,

am 26. September wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Sechs relevante Parteien bzw. Parteibündnisse (CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Die Linke) sind angetreten, um das politische Geschehen in der Republik in den nächsten vier Jahren mitzugestalten.

Im Vorfeld einer Wahl veröffentlichen die Parteien jeweils ihre Wahlprogramme. Darin positionieren sie sich klar zu aktuellen Themen und kündigen an, was sie im Falle einer Regierungsbeteiligung in die Umsetzung bringen wollen.

Hand aufs Herz, liebe Eigentümer: Haben Sie jemals eines oder gar alle Wahlprogramme der Parteien gelesen? Haben Sie jemals analysiert, was die Ankündigung einer bestimmten Partei für Sie und Ihre Lebenssituation bedeuten würde?

Vermutlich haben sich bisher die wenigsten intensiv mit den Inhalten der Programme beschäftigt. Darum haben wir das für Sie übernommen: Ärmel hoch, Brille auf, Stift in der Hand – es war kein Vergnügen, sich durch insgesamt 820 Seiten durchzuwühlen und die relevanten Passagen für Immobilieneigentümer zu finden. Doch für Sie haben wir uns die Arbeit gerne gemacht.

Lesen Sie auf den nächsten Seiten die Positionen der Parteien zu Wohnungseigentum und Miete, Steuern und Immobilienwirtschaft, Wohnungsbau und Klimapolitik, zu Wohneigentum und sozialem Wohnungsbau.

Mit herzlichen Grüßen

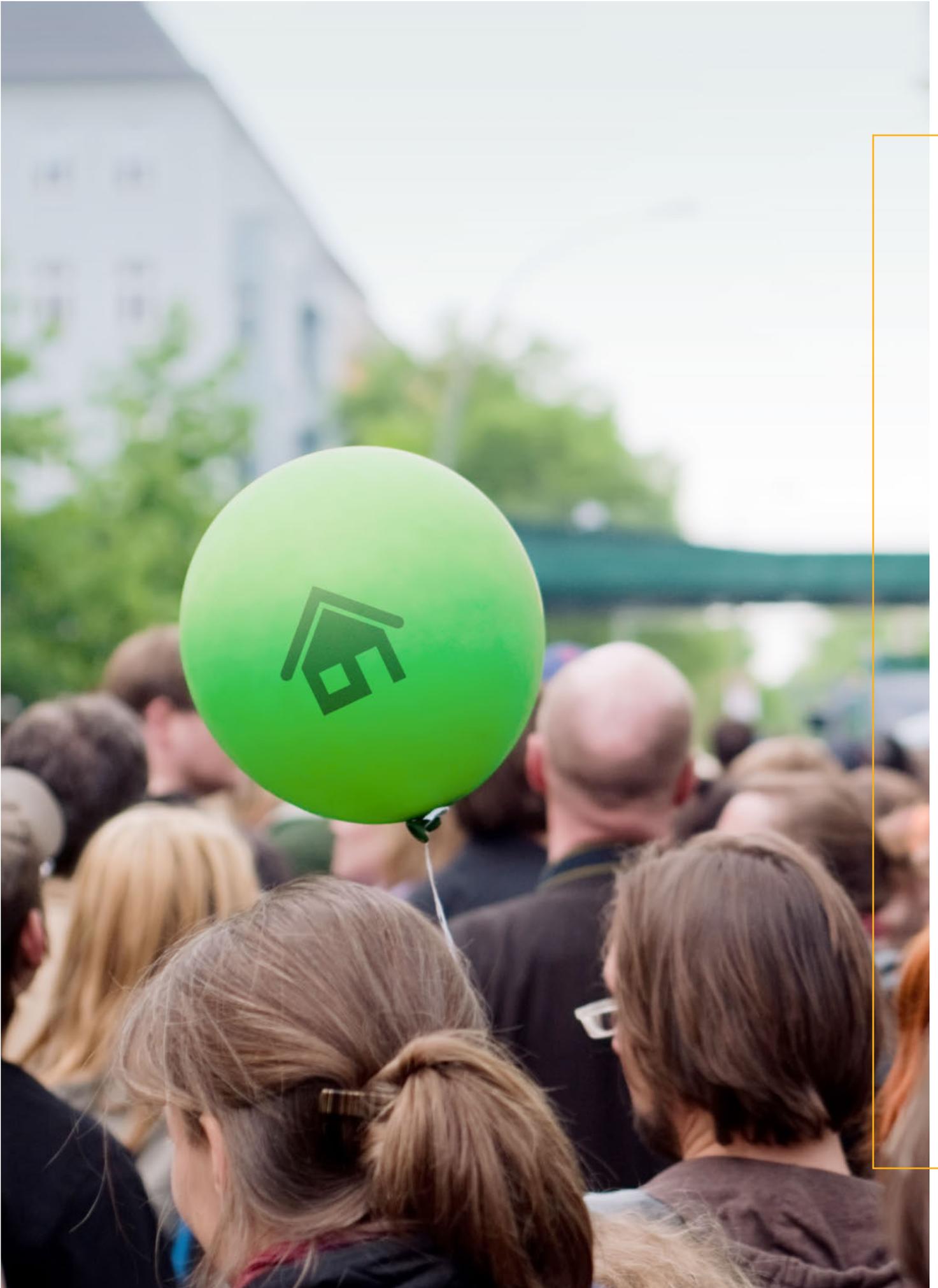


Christian Knigge
KNIGGE-IMMOBILIEN KG

INHALT

04	1 - Miete, Mietpreise, Mieterschutz
08	2 - Spekulation und Immobilienwirtschaft
10	3 - Wohnungsbau, Wohnraum schaffen
14	4 - Steuern
16	5 - Klimapolitik, Bauen, Sanieren
20	6 - Wohneigentum fördern
22	7 - Soziale Fragen und sozialer Wohnungsbau
24	8 - Schlusswort





MIETE, MIETPREISE, MIETERSCHUTZ

Die Grünen

Im Kampf gegen steigende Mieten und Immobilienpreise soll die öffentliche Hand eine stärkere Rolle spielen, indem der Verkauf staatseigener Immobilien stärker reglementiert wird. Anstatt von Profit sollen Gemeinwohl und bezahlbarer Wohnraum im Vordergrund stehen.

Die Grünen sprechen von „fairen und bezahlbare Mieten“ sowie starken Rechten für Mieter*innen. Konkret findet man folgende Punkte:

- Mietobergrenzen im Bestand sollen per Bundesgesetz festgesetzt werden.
- Die Mietpreisbremse soll entfristen und nachgeschärft werden.
- **Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden.**
- Die Modernisierungsumlage soll weiter abgesenkt und auf maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter begrenzt werden.
- Außerdem wollen Die Grünen es den Mieter*innen erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen.
- Umwandlungsverbote und Milieuschutz ausweiten.
- Das kommunale Vorkaufsrecht soll gestärkt werden.
- Mietwucher soll härter geahndet werden.

FDP

Nach Meinung der FDP sind „Enteignungen, Mietpreisbremse oder Mietendeckel“ eher kontraproduktiv, wenn es um die Schaffung von Wohnraum geht. Stattdessen setzt die FDP klar darauf, mehr Flächen zu finden und mehr zu bauen.

SPD

Konkret zum Thema Mieten kündigt die SPD an:

- Miete sollen stellenweise und für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden dürfen.
- **Die Mietpreisbremse soll entfristet und Schlupflöcher geschlossen werden.**
- Der Mietspiegel soll neu ausgestaltet werden.

AfD

Zum Thema Mieten äußert sich die AfD recht knapp: Im Mietrecht sollen „Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse“ wie die **Mietpreisbremse oder der Mietendeckel gestrichen** werden.

Die Linke

Das Thema Miete nimmt einen großen Teil des Programms der Linken ein. Explizit wendet man sich gegen „Mietenwahnsinn und Verdrängung“, möchte hohe Mieten senken und „gemeinnützige Wohnungswirtschaft“ aufbauen. Wohnen wird als „Grundrecht“ bezeichnet und harte Maßnahmen als Beispiele angeführt: Mieten mit harten Obergrenzen deckeln: **„Wir wollen im gesamten Bundesgebiet Mietendeckel nach Berliner Vorbild.“** – Auch eine Absenkung bestehender Mieten sollte möglich sein. Solange der Mietendeckel noch nicht da ist, verlangt Die Linke einen Mietstopp statt einer Mietpreisbremse.

- Die Einführung eines neuen Mietspiegels.
- Wohnungen sollen zurück in öffentliches Eigentum: 50 Prozent des Wohnungsmarktes sollen schnell zurück in öffentliche und gemeinnützige Hand, perspektivisch soll der „Wohnungsbestand komplett dem Markt entzogen“ werden.

- Sozialer Wohnungsbau soll massiv gefördert werden, den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ankurbeln und einen nicht-profitorientierten Wohnungssektor aufbauen.
- Die Immobilienwirtschaft soll „gemeinnützig“ gemacht werden, indem Förderung und steuerliche Vergünstigungen an Mietobergrenzen, Reinvestition von Gewinnen sowie Mitbestimmungsrechte für Mieterinnen und Mieter gekoppelt werden.
- **Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen.**
- Mietwohnungen in Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten dürfen nicht als Ferienwohnungen angeboten werden.
- **Das Recht auf Kündigung aus Eigenbedarf darf nur noch für die engste Familie gelten.** Vorgetäuschter Eigenbedarf wird bestraft. Menschen mit über 70 Jahren soll gar nicht mehr wegen Eigenbedarf gekündigt werden dürfen.
- Grundsätzlich soll der Kündigungsschutz verbessert werden, auch für Gewerbemietverträge.
- Mieterrechte sollen effektiver durchgesetzt werden. Vermieter, die gegen den Mietendeckel verstoßen, sollen bestraft werden.
- Gefordert wird auch ein Vorkaufsrecht für Mieter*innen, auch als Gemeinschaft.
- Ausbau des Mietermitbestimmungsrechts.



SPEKULATION UND IMMOBILIENWIRTSCHAFT

Die Grünen

Spekulation mit Bauland oder Wohnraum möchten Die Grünen durch zwei Maßnahmen verhindern:

- **Bau-Pflicht für Eigentümer*innen** (anstatt der Spekulation auf höhere Preise) bei akuter Wohnungsnot in einer Kommune.
- Vorgehen gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand von Wohnraum.

Die Grünen kündigen außerdem diverse Aktivitäten gegen Geldwäsche an. Ganz konkret will man u.a. dagegen vorgehen, Immobilien zur Geldwäsche zu nutzen, indem Bargeld beim Immobilienverkauf verboten wird.

Zudem fordern Die Grünen die Einführung eines Immobilienregisters der Eigentümer*innen sowie die kostenfreie Zugänglichkeit zu Grundbüchern bei begründetem Interesse.

SPD

Die SPD möchte mit staatlicher Bodenpolitik die Spekulation mit Grund und Boden stoppen. Hier betont die SPD das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen.

Auch die SPD wünscht sich zur Verhinderung von Spekulation transparentere Eigentumsverhältnisse und schlägt ein zentrales Immobilienregister vor.

Wenn es nach der SPD geht, soll die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke nach zehn Jahren abgeschafft werden.

Die Linke

Mit Hilfe eines **Antispekulationsgesetzes** soll der Immobilienmarkt unattraktiv für Finanzinvestoren werden. Konkret fordert Die Linke folgendes:

- Keine Zulassung mehr von Immobilienfonds.
- Steuertricks unterbinden.
- Stärkere Besteuerung von Gewinnen.
- Öffentlich einsehbares Immobilienregister.
- Verbot der Zweckentfremdung von Wohn- und Gewerberaum.
- „Wohnungskonzerne“ (wie namentlich Vonovia und Deutsche Wohnen) sollen enteignet werden.
- Ein Vorkaufsrecht der Kommunen soll Spekulanten abhalten.





03

WOHNUNGSBAU, WOHNRAUM SCHAFFEN

Die Grünen

Die Grünen nehmen sich vor, den Wohnungsmarkt intensiver zu regeln und so mehr Wohnraum zu schaffen:

- Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau.
- Wohnungsgesellschaften stärken und neue gründen.
- Das Bundesprogramm soll für eine Million zusätzliche, günstige Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen.
- Bundeseigene Bestände sollen nicht mehr an private Investor*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden.

SPD

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist für die SPD ein großes Thema. Hier will man kommunale und private Wohnungsunternehmen sowie Genossenschaften in die Pflicht nehmen, aber auch Vermieter*innen, die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften.

Kommunale Wohnbauflächen sollen nicht verkauft werden dürfen, sondern auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Der Erwerb von Wohneigentum soll vor allem für junge Familien einfacher werden, explizit sagt die SPD zu, Genossenschaftsanteile leichter erwerben zu können. Zudem sollen Mietkaufmodelle gefördert werden sowie generationenübergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen.

CDU/CSU

Der Schaffung von Wohnraum nimmt sich auch die CDU/CSU an und möchte „mehr, schnell, modern und bezahlbar bauen“. Als Ziel wird formuliert, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen sollen. Hier setzt man auf Investitionsanreize und weniger Bürokratie:

- Verlängerung der Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau.
- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- Die Anzahl der Bauvorschriften verringern.
- Bauanträge für Wohnimmobilien sollen deutlich schneller genehmigt werden.

Um mehr Wohnraum zu gewinnen, setzt die CDU/CSU auch auf Nachverdichtung, Aufstockung, An- und Ausbauten sowie Überbauung. Zudem weist man auf die Brachlandentwicklung durch das „Baulandmobilisierungsgesetz“ hin.

Eine Förderung des Mietwohnungsbaus soll u.a. über die steuerbegünstigte Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen für Bauland erfolgen.

FDP

Um Investitionen in den Wohnungsbau zu fördern, möchte die FDP Abschreibungsbedingungen verbessern und konkret hier die lineare Abschreibung von zwei auf drei Prozent erhöhen.

Bürgerinnen und Bürger sollen beim Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum entlastet werden, indem ein **Grunderwerbsteuer-Freibetrag** von bis zu 500.000 Euro eingeführt wird.

Bauen soll nach Meinung der FDP günstiger werden. Unter anderem schlägt man die Einführung eines Prüfprozesses vor, bevor neue Regelungen die Kosten für Bauen und Wohnen hochtreiben können. Damit soll die Transparenz erhöht und kostenverursachende Normen vermieden werden.

Den Wohnungsbau will die FDP vor allem mit folgenden Maßnahmen unterstützen:

- **Abschaffung von Mietpreisbremse und Mietendeckel.**
- Vereinfachung des Mietrechts.
- Aktivierung von Bauland u.a. durch ein Baulücken- und Potentialflächenkataster. Hindernisse bei der Wiederverwertung von Brachflächen sollen beseitigt werden.
- Die Entbürokratisierung des Dachausbaus und der Dachaufstockung.
- Beschleunigung von Baugenehmigungen.

AfD

Konzepte zu mehr bezahlbarem Wohnraum legt auch die AfD vor:

- Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechts.
- Beschleunigung von Verfahren.
- **Streichung der Energieeinsparverordnung.**
- Den Brand-, Wärme- und Schallschutz auf ein Mindestmaß zurückfahren.
- Staatliche Wohnungsunternehmen sollen Mietern ihre Wohnung zum Kauf anbieten.
- **Steuerliche Sonderabschreibung für die eigengenutzte Immobilie.**
- Staatliche Bürgschaften als Eigenkapitalersatz für bis zu zehn Prozent des Objektwertes sollen den Kauf von Wohnraum erleichtern.

Die Linke

Die Lösung für die Knappheit auf dem Wohnungsmarkt sieht Die Linke nicht allein in verstärktem Wohnungsbau, sondern in einem Vorgehen gegen Ungleichverteilung und Spekulation.

- Bodenpreise sollen gedeckelt werden.
- Privatisierung öffentlicher Grundstücke soll nicht mehr möglich sein.
- Es soll ein Boden-Ankaufprogramm durch die öffentliche Hand geben.

Sehr polarisierend erscheinen auch folgende Ideen:

- Leerstehender Wohn- und Gewerberaum soll beschlagnahmt werden können.
- „Hausbesetzungen“ bzw. „zivilgesellschaftliche Wiedereignung von zweckentfremdeten Räumen“ soll legalisiert werden.



03



STEUERN

Die Grünen

Die Grünen plädieren für eine **Wiedereinführung der Vermögensteuer**. Diese sollte für Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich ein Prozent betragen.

CDU/CSU

Gerade für Hauseigentümer interessant: Die CDU/CSU positioniert sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und bezeichnet diese als „Wohlstandsbremse“.

FDP

Wie zu erwarten lehnt die FDP jede Form der Vermögensabgabe oder gar eine Wiederbelebung der Vermögensteuer ab. Zugleich soll die Erbschaftsteuer überprüft werden.

SPD

Die SPD spricht sich klar für eine **Wiedereinführung der Vermögensteuer** „für sehr hohe Vermögen“ in Höhe von einem Prozent aus: „Wer sehr viel Vermögen hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten.“

Auch die Erbschaftssteuer soll neu geregelt werden, Betriebsvermögen und Familienstiftungen sollen nicht länger in dem Maße wie bisher geschont werden.“

AfD

Neben Änderungen bei der Grunderwerbssteuer bezieht die AfD auch bei anderen Steuerformen eine spezielle Position: Daraus resultiert ein **Nein zur Vermögensteuer sowie zur Erbschafts- und Schenkungssteuer**.

Die Linke

Wie zu erwarten klar positioniert sich Die Linke: **Die Steuerfreiheit von privaten Immobilienverkäufen soll komplett aufgehoben werden.**

Auch wenn es um die Grundbesteuerungen geht, wird eine harte Linie gefahren:

- Vermögen (ohne Schulden) oberhalb von einer Million Euro sollen mit fünf Prozent belastet werden.
- Vermögensabgabe (private Nettovermögen über zwei Mio. Euro) zur Krisenbewältigung: gestaffelt und in Raten zahlbar.
- Die Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften soll erhöht werden: „normales, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt.“
- Die Körperschaftssteuer soll auf 25% erhöht werden.



KLIMAPOLITIK, BAUEN, SANIEREN

Die Grünen

Natürlich finden sich auch diverse klimapolitische Themen in der Schnittmenge mit Immobilienfragen. Die Grünen sprechen hier von einer „Bauwende“ und einer „Wärmewende“:

- Um den Flächenverbrauch zu reduzieren, setzen Die Grünen auf Nachverdichtung.
- Konkret soll es ein „Gebäude-Ressourcen-Gesetz“ und eine „Holzbaustrategie“ geben.
- Unter der Überschrift „Auf jedes neue Dach eine Solaranlage“ soll die Energiewende getrieben werden. Erklärtes Ziel sind eine Million neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. **Solardächer werden nicht nur gefördert, sondern zum Standard gemacht** – perspektivisch gilt das auch für Bestandsimmobilien.
- Die Sanierungsquote muss nach Meinung der Grünen deutlich gesteigert werden. **Für Bestandsimmobilien soll bei Eigentümerwechsel ein „Sanierungsfahrplan“ erstellt werden.** Grundsätzlich geht es um mehr Energieeffizienz. Hier werden Fördermaßnahmen zugesagt.

Da gerade das Thema „Wärmewende“ mit Kosten verbunden ist, betonen Die Grünen diese Wende „fair“ gestalten zu wollen. Und zwar mit einerseits Mieter*innenschutz und andererseits gezielter Förderung:

- Das „Drittelmodell“ soll die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter*innen, Staat und Mieter*innen verteilen.
- **Die Modernisierungsumlage soll zugunsten des Mieterschutzes strikt begrenzt werden.**
- **Eigenheimbesitzer*innen soll mit Steuer-vergünstigungen und Förderprogrammen geholfen werden.**

CDU/CSU

Auch die CDU/CSU kommuniziert energiepolitische Themen im Wahlprogramm. Man möchte die Energieeffizienz fördern und setzt dabei auf „technologische Weiterentwicklung und Innovationen“. In diesem Zusammenhang spricht man von Quartiersansatz, Wärmeeffizienz sowie dem Ausbau und der Modernisierung von Wärme- und Stromnetzen. Explizit werden der Ausbau von Speicherkapazitäten sowie energetische Baustandards genannt.

Die energetischen Sanierungen von Immobilien bezeichnet auch die CDU/CSU als ein „Muss“, da nur so die Klimaziele erreicht werden können. Zugleich betont man den Schutz der Mieter vor finanzieller Überlastung durch teure Sanierungsmaßnahmen. **Energetische Sanierung soll steuerlich stärker gefördert werden** – auch wenn diese nur schrittweise erfolgt.

Explizit werden auch staatliche Hilfen für mehr Sicherheit zugesagt: „Wir unterstützen Eigentümer und Mieter weiterhin dabei, Türen und Fenster besser zu sichern.“

Auch die CDU/CSU äußert sich im Wahlprogramm zum Thema nachhaltiges Bauen. Es sollen „umweltfreundliche Baustoffe“ Verwendung finden, namentlich Holz und Recyclingmaterial: „Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die auf mehr heimischen Baustoffen – wie zum Beispiel Sand, Gips und Holz – basiert und Recyclingmaterial in Bauteilen nutzt.“

Hier kann auch das „Sonnenpaket“ erwähnt werden, das den Ausbau der Photovoltaik fördern soll. Unter anderem soll das Genehmigungsverfahren klar vereinfacht werden.

AfD

Dem Ausbau von erneuerbaren Energien steht die AfD grundsätzlich kritisch gegenüber, über energetische Sanierung von Immobilien oder Betonung des Themas beim Neubau findet sich nichts im Programm. Das Gebäudeenergiegesetz wird abgelehnt.

SPD

Die SPD bekennt sich zu verbindlichen Ausbauzielen für erneuerbare Energien. In diesem Zusammenhang sollen „alle dazu geeigneten Dächer eine Solaranlage bekommen“. Zunächst sollen es öffentliche Gebäude sowie gewerbliche Neubauten sein: „Unser Ziel ist eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus.“ Dafür verspricht die SPD gezielte Förderungen.

Erklärtes Ziel ist der schrittweise Weg zu CO₂-Neutralität für den Gebäudesektor. Bis 2030 sollen fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z.B. Wärmepumpen) versorgt werden. **Gesteuert werden soll das über den CO₂-Preis, der von den Vermieter*innen getragen wird und so zum Investitionsanreiz werden soll.** Dabei orientiert sich die SPD am Ziel der „Warmmieten-Neutralität“.

Die Linke

Im Bereich Klimaschutz positioniert sich Die Linke klar als Unterstützer, lehnt aber sämtliche Mieterhöhungen in diesem Zusammenhang ab:

- **Die Modernisierungsumlage soll abgeschafft werden.**
- Man plant einen bundesweiten Klima-Check aller Gebäude bis 2025 und einen abgestimmten Sanierungsplan bis 2040.
- Energetische Sanierungen sollen mit zehn Milliarden Euro pro Jahr gefördert werden.
- Vermieter*innen müssen sich an den Kosten beteiligen. „Aufschläge auf die Miete sollen nur noch in Höhe der erreichten Einsparungen bei Heizung und Warmwasser zulässig sein.“ Wer als Vermieter die Kosten nicht tragen kann, der soll sich nach Meinung der Linken „unter den Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit begeben“.
- Beim Neubau soll der Passivhaus-Standard gelten.





06

WOHNEIGENTUM FÖRDERN



Die Grünen

Die Grünen wollen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern, indem Sie u.a. Maklerprovisionen und Nebenkosten senken:

- Die Makler-Courtage soll auf zwei Prozent begrenzt werden, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt.
- **Kaufnebenkosten sollen für private Käufer gesenkt werden.**
- Mietkauf soll gefördert werden.

CDU/CSU

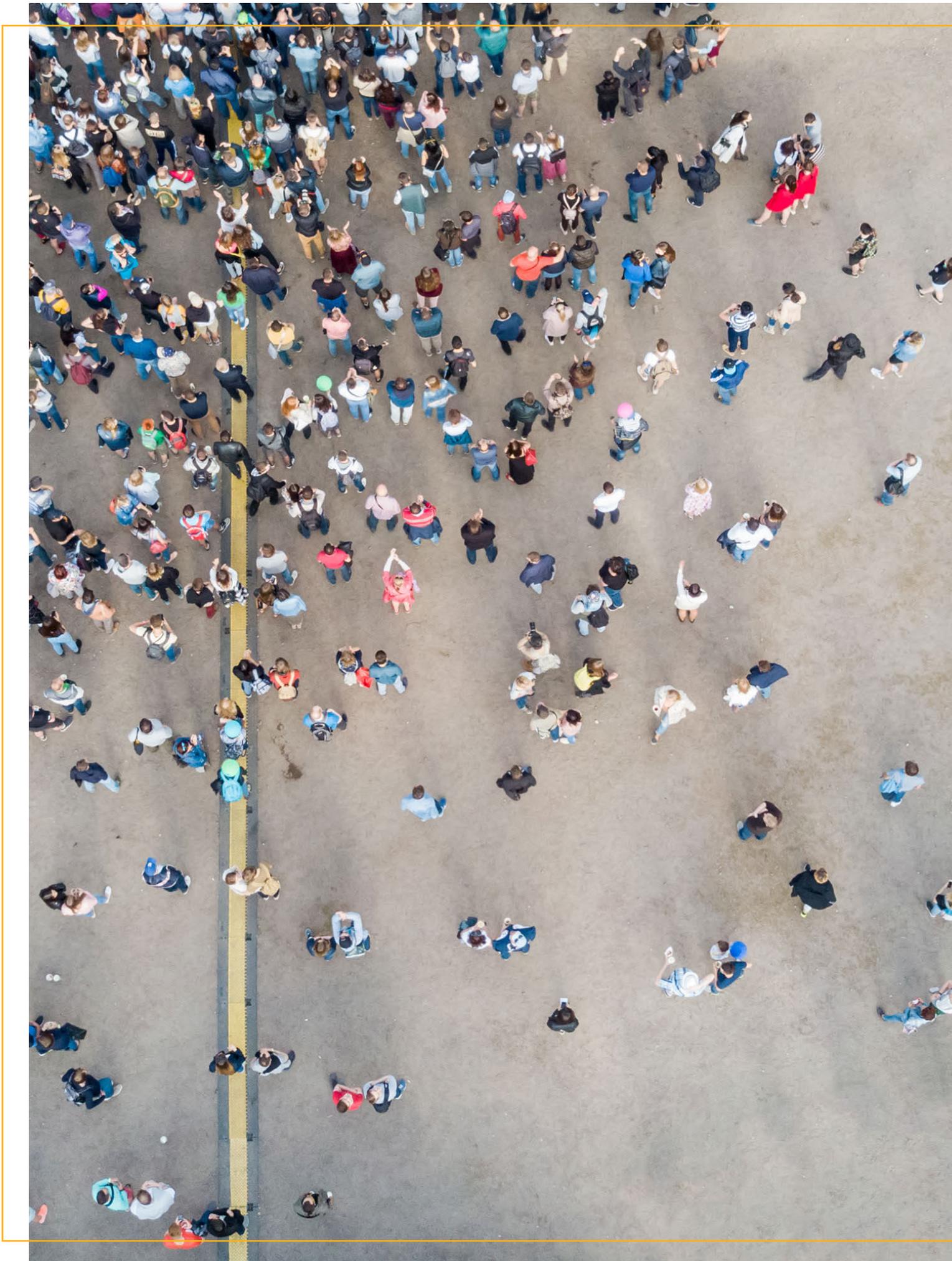
Die CDU/CSU verspricht diverse Aktivitäten zur Förderung von Wohneigentum und positioniert sich dabei explizit **gegen „eine Politik gegen Einfamilienhäuser“**:

- Das KfW-Wohneigentumsprogramm soll mit Darlehen, Tilgungszuschüssen oder Zinsverbilligungen insbesondere für Familien mit Kindern optimiert werden.
- Es soll ein **Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums** von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind gewährt werden.
- Auch Mietkaufmodelle sollen eine stärkere Rolle spielen.

AFD

Die AfD geht die Förderung von Wohneigentum radikaler an:

- **Abschaffung der Grunderwerbsteuer beim Erwerb von Immobilien zur Eigennutzung**, Käufer ohne deutsche Staatsbürgerschaft, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, sollen dagegen eine Grunderwerbsteuer von 20% zahlen.
- Bauland soll vergünstigt an Familien gehen.
- **Die Zweitwohnungssteuer soll entfallen.**



SOZIALE FRAGEN UND SOZIALER WOHNUNGSBAU

Die Grünen

Für Die Grünen gehört das „Recht auf Wohnen“ ins Grundgesetz. In diesem Zusammenhang spricht man von einem „Nationalen Aktionsprogramm“ zur Vermeidung und Bewältigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

Auch grundlegend wollen Die Grünen im Namen von **Mieterschutz und sozialer Gerechtigkeit** staatlich tiefer in den Bereich Wohnen eingreifen:

- Mieter*innen sollen vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung geschützt werden, Zwangsräumungen sollen verhindert werden.
- Zugleich sollen aber auch Vermieter nicht komplett alleine gelassen werden: „Vermieter*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann eine staatliche Unterstützung erhalten.“

FDP

Wenn es nach der FDP geht, soll Wohnraum nicht nur durch Sozialwohnungsbau günstiger werden, sondern auch durch eine Unterstützung sozial schwacher Mieter durch Wohngeld. Damit sollen auch diese Zugang zum freien Wohnungsmarkt bekommen.

AfD

Beim Thema soziales Wohnen setzt die AfD auf Wohngeld statt Sozialwohnungsbau.

SPD

Um mehr Sozialwohnungen zu bauen, soll nach Meinung der SPD über die Einführung des Prinzips der „Wohnungsgemeinnützigkeit“ ein nicht gewinnorientiertes Segment auf dem Wohnungsmarkt geschaffen werden.

CDU/CSU

Sozialer Wohnungsbau soll weiter gefördert und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden. In diesem Zusammenhang verweist die CDU/CSU auch auf Investitionen über KfW-Programme in den altersgerechten und barrierefreien Umbau.

Die Linke

In sozialen Fragen vertritt Die Linke naturgemäß eine radikale Linie:

- Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.
- Wohngeld erhöhen.
- Moratorium für Kündigungen und Räumungen.
- Mieterlass in Krisenzeiten.
- Recht auf Wohnen ins Grundgesetz.
- Räumung in die Wohnungslosigkeit verbieten.
- Massenunterkünfte z.B. von Geflüchteten, Wohnungslosen oder Saison- und Wanderarbeiter*innen sollen verboten werden.



SCHLUSSWORT

Jetzt kennen Sie die wichtigsten Positionen aus den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2021.

Wir hoffen, Ihnen ein wenig mehr Klarheit für die zu Ihrer Meinung und Ihrer Lebenssituation passende politische Entscheidung gegeben zu haben.

In allen Fragen rund um den Immobilienkauf und -verkauf, Sanierung, Finanzierung und Aufwertung stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Denn als Ihr lokaler Makler sind wir Ihr Berater, Ihr Experte und Ihr Partner für alle Themen rund um den Immobilienmarkt.

Bei Fragen können Sie gerne eine telefonische Beratung bei uns buchen.

Entweder Sie scannen ganz einfach diesen QR-Code, oder Sie schauen auf www.knigge-immo.de vorbei.



QUELLEN

<https://www.bundestagswahl-2021.de/wahlprogramme/>

CDU/CSU

Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

(PDF, 140 Seiten)

<https://www.csu.de/common/download/Regierungsprogramm.pdf>

Bündnis 90/Die Grünen

Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021.

(PDF, 272 Seiten)

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf

SPD

Das Zukunftsprogramm. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben.

(PDF, 66 Seiten)

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

FDP

Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der Freien Demokraten.

(PDF, 91 Seiten)

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-06/FDP_Programm_Bundestagswahl2021_1.pdf

AfD

Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.

(PDF, 103 Seiten)

https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/05/2021-05-20_-_AfD-Bundestagswahlprogramm-2021.pdf

Die Linke

Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!

(Entwurf, PDF, 148 Seiten)

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/BTWP21_Entwurf_Vorsitzende.pdf

Jetzt
unverbindlich
online
bewerten.



Wissen, woran man ist.

Kennen Sie den Wert Ihrer Immobilie?

Bewerten Sie jetzt Ihre Immobilie
unverbindlich online unter:

www.knigge-immo.de



Einfach mit der Kamera-App Ihres Smartphones scannen und direkt zur Immobilienbewertung gelangen.

NOTIZEN

A series of horizontal dotted lines for taking notes.





Christian Knigge
Inhaber / Geschäftsführer



KNIGGE - IMMOBILIEN KG

Sie haben Fragen?

**Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Termin!
Wir nehmen uns gerne für Sie Zeit.**

KNIGGE-IMMOBILIEN KG

Eppendorfer Weg 231
20251 Hamburg

Telefon: 040 35988780
E-Mail: info@knigge-immo.de
www.knigge-immo.de

KNIGGE-IMMOBILIEN KG

Eppendorfer Weg 231
20251 Hamburg

Telefon: 040 35988780
E-Mail: info@knigge-immo.de
www.knigge-immo.de